

# **WORKING PAPERS**

## **Global and Area Studies**

[www.duei.de/workingpapers](http://www.duei.de/workingpapers)

German Overseas Institute (DÜI)

Research Program 1: Legitimacy and Efficiency of Political Systems

---

**Die Institutionalisierung von Parteien und die  
Konsolidierung des Parteiensystems in Indien.  
Kriterien, Befund und Ursachen dauerhafter Defizite**

Joachim Betz

N° 10

October 2005



## **Working Papers Global and Area Studies**

Edited by the German Overseas Institute (DÜI) in Hamburg.

The Working Papers Series serves to disseminate the research results of work in progress prior to publication to encourage the exchange of ideas and academic debate. An objective of the series is to get the findings out quickly, even if the presentations are less than fully polished. Inclusion of a paper in the Working Paper Series does not constitute publication and should not limit publication in any other venue. Copyright remains with the authors. When Working Papers are eventually accepted by or published in a journal or book, the correct citation reference and, if possible, the corresponding link will then be included in the Working Papers website at:

**<http://www.duei.de/workingpapers>.**

DÜI research unit responsible for this issue: Research Program 1 "Legitimacy and Efficiency of Political Systems".

Editor of the Working Paper Series: Bert Hoffmann <[hoffmann@iik.duei.de](mailto:hoffmann@iik.duei.de)>

Copyright for this issue: © Joachim Betz

Editorial assistant and production: Verena Kohler

All Working Papers Global and Area Studies are available online and free of charge at <http://www.duei.de/workingpapers>. Working Papers can also be ordered in print. For production and mailing a cover fee of € 5 is charged. For orders or any requests please contact:

e-mail: [workingpapers@duei.de](mailto:workingpapers@duei.de)

phone: ++49 – 40 – 42 82 55 48

Deutsches Übersee-Institut/German Overseas Institute

Neuer Jungfernstieg 21

D-20354 Hamburg

Germany

E-mail: [duei@duei.de](mailto:duei@duei.de)

Website: <http://www.duei.de>



# **Die Institutionalisierung von Parteien und die Konsolidierung des Parteiensystems in Indien. Kriterien, Befund und Ursachen dauerhafter Defizite**

## **Abstract**

### **The Institutionalisation of Parties and the Consolidation of the Party System in India. Criteria, State and Causes of Persistent Defects**

Indian parties and the party system in India are only partly consolidated resp. institutionalised, according to the usual criteria, distilled from the experience of Western parties. This is so in spite of the long tradition of Indian parties, their large membership base, organisational complexity and independence from interest groups and in spite of their dominant position in regard to political leadership recruitment or the government agenda. Causes for the institutional deficits of parties lie in the prevalence of factional conflicts, clientelistic linkages between party leaders and member, and the parties' weak financial basis (compensated by tapping unorthodox sources of finance). These phenomena are responsible for the only very limited level of internal party democracy in India.

This paper is part of a research project on the Indian Party system, sponsored by the Friedrich-Thyssen-Foundation.

## **Prof. Dr. Joachim Betz**

is Senior Research Fellow at the German Overseas Institute and professor for Political Science at the University of Hamburg. His research interests include development theory and politics, international organizations, globalisation and politics in South Asia.

Contact: betz@duei.de · Website: <http://www.duei.de/iaue/betz>

## **Zusammenfassung**

### **Die Institutionalisierung von Parteien und die Konsolidierung des Parteiensystems in Indien. Kriterien, Befund und Ursachen dauerhafter Defizite**

Indische Parteien und das indische Parteiensystem als Ganzes können nach den gängigen, aus der Diskussion westlicher Vorbilder gewonnenen Kriterien nur als teilweise konsolidiert bzw. institutionalisiert gelten. Dieser Befund ergibt sich, obwohl die indischen Parteien auf eine lange organisatorische Geschichte zurückblicken, über eine hohe Anzahl von Mitgliedern verfügen, ausreichende organisatorische Komplexität und Unabhängigkeit von gesellschaftlichen Gruppen/Verbänden aufweisen und obwohl sie den politischen Prozess, insbesondere die Rekrutierung von Personal für politische Führungsaufgaben und die Bestimmung der politischen Agenda dominieren. Die mangelnde Institutionalisierung trägt ihre Ursachen in der Prävalenz faktionaler Konflikte, der klientelen Anbindung zwischen Parteiführern und Gefolgschaft, der ungenügenden finanziellen Basis der Parteien, die auch zu unorthodoxen Mitteln der Einwerbung zwingt, und konsequenterweise der nur schwach ausgeprägten innerparteilichen Demokratie.

## Übersicht

1. Einleitung: Indische Demokratiedefizite als Dauerphänomen?
2. Das indische Parteiensystem: Konsolidierung mit Schönheitsfehlern
3. Defizite der Institutionalisierung von Einzelparteien
4. Schlussfolgerungen: Indische Parteien können sich nicht von der Gesellschaft abkoppeln

### 1. Einleitung: Indische Demokratiedefizite als Dauerphänomen?

Indien feiert sich gern als „größte Demokratie der Welt“, eine Behauptung, die gemessen an den üblichen Kriterien für die Konsolidierung demokratischer Systeme (vgl. Pridham 1995; Merkel 1999; Croissant 2002) nicht aus der Luft gegriffen ist. Diese Tatsache allein gebietet angesichts der immer noch gegebenen Rahmenbedingungen sozioökonomischer Rückständigkeit, extremer gesellschaftlicher Fragmentierung und virulenter, zum Teil gewaltsam ausgetragener Konflikte Anerkennung. Keine relevante gesellschaftliche Gruppe verfolgt heute außerhalb der demokratischen Instanzen ihre Interessen; Machtausübung wird nur durch freie, allgemeine und faire Wahlen auf allen staatlichen Ebenen legitimiert, die jahrzehntelang friedlichen Regierungswechsel möglich gemacht haben; politische Vetomächte sind kaum auszumachen; und es hat sich eine lebendige, wenngleich etwas flache Zivilgesellschaft herausgebildet (dazu einschlägig Brass 1994; Chhibber 1999; Kohli 2001). Freilich muss dieser insgesamt positive Befund komplettiert werden durch den Verweis auf die faktische soziale und politische Exklusion von Minderheiten (trotz „affirmativer Aktion“ zu ihren Gunsten); die Beschädigung rechtsstaatlicher Prinzipien durch weit reichende Ausnahmegesetze; die zeitweilige Gängelung der Justiz sowie ihren extrem langsamen Gang; und die nicht seltene, politisch motivierte Aushebelung der horizontalen Gewaltenteilung durch die Verhängung von Direktverwaltung durch die Zentralregierung (so genannte „President’s rule“).

Indien wird daher in internationalen Rankings als freies Land eingestuft (vgl. Freedom House 2004), dies aber zumeist mit deutlichen Abstrichen (vor allem bei der Realisierung bürgerlicher Freiheiten). Die fortbestehenden Defizite sind deswegen bemerkenswert, weil

das Land gleichzeitig eine der ältesten Demokratien der Welt darstellt und eine nahezu ungebrochene Tradition von sechs Dekaden partizipatorischer Politik aufweist. Noch bedeutender sind sie, weil letztlich keine sonderliche Veränderung des Konsolidierungsstatus festzustellen ist, mitunter sogar, zumindest bis Anfang der 1990er Jahre, Rückentwicklungstendenzen konstatiert wurden. Der indische Fall belegt daher gut die vielfach geäußerten Zweifel, ob demokratische Transformation immer eine stetige, sich selbst verstärkende Aufwärtsbewegung darstellt, die einsetzt, sobald die erste Hürde der Transition geschafft ist, widrigenfalls der Rückfall in den autoritären Status droht (Carothers 2002: 7 f.; Croissant 2002: 18). Es scheint vielmehr, dass der Fall Indien die Aussage von O'Donnell (1997: 44) zu bestätigen scheint, dass manche politische Regime in einem (in diesem Fall milden) Zustand der „protracted unconsolidation“ verharren. Die Feststellung der Persistenz unvollständig konsolidierter Regime ist nun freilich weniger interessant als die Frage nach deren Ursachen. Diesbezüglich lassen sich allerdings deutliche Forschungslücken konstatieren (vgl. Merkel et al. 2003: 187 ff.), in der vorhandenen Literatur werden die Ursachen recht allgemein gefasst (s. u.).

Die Feststellung moderater Konsolidierungsfortschritte in Indien lässt sich mit noch größerer Berechtigung in Bezug auf das repräsentative Teilsystem treffen. Die indischen Parteien, deren älteste schon 1885 gegründet wurde, und das Parteisystem insgesamt hätten genügend Gelegenheit gehabt, sich ausreichend zu institutionalisieren und die ihnen üblicherweise zugeschriebenen Funktionen für das politische Gesamtsystem zu erfüllen. Experten sind sich aber einig, dass dies nur begrenzt der Fall ist. Es wird bemängelt, dass indische Parteien von Faktionalismus, dynastischer Führungsnachfolge und Einflussnetzwerken um individuelle Führer (also klientelen Verbindungen von Parteiführern und Gefolgschaft bei mangelnder interner Demokratie) geprägt seien, nach ethnischen/religiösen Kriterien mobilisieren würden, daher auch von programmatischer Schwammigkeit gekennzeichnet seien. Die Parteien seien äußerst instabil, wiesen korrupte Finanzierungspraktiken auf und mobilisierten selbst Kandidaten mit krimineller Karriere. Die schwachen Parteiorganisationen in Indien seien auch zum Management gesellschaftlicher Konflikte nicht in der Lage. Diese würden vielmehr gleich auf die Straße getragen (Kohli 1990; Brass 1994; Thakur 1995; Jenkins 1999; Sridharan/Varshney 2001; Betz 2004). Günstiger fällt meist das Urteil hinsichtlich der Widerspiegelung gesellschaftlicher Konfliktlinien durch indische Parteien aus. Während manche Autoren auch diesbezüglich Fehlannonce vermelden (Kohli 1990), verweist Chhibber (1999) darauf, dass in Indien gesellschaftliche Konfliktlinien durch Parteien aufgegriffen, verschärft und mitunter politisch geradezu geschaffen würden (s. u.).

Im Folgenden soll versucht werden, Kriterien für die Konsolidierung des Parteisystems und die Institutionalisierung einzelner Parteien in der einschlägigen Literatur zu identifizieren,

diese dann auf das Fallbeispiel Indien anzuwenden und zu überprüfen, ob sich bei den einschlägigen Indikatoren Fortschritte abzeichnen. Lassen sich diese nicht oder nur begrenzt feststellen, sind die Ursachen für diesen Tatbestand zu erörtern. Schließlich soll geprüft werden, ob die vor allem aus der Beobachtung westlicher Parteien gewonnenen Institutionalisierungskriterien im Kontext einer armen, ausgesprochen pluralen und patronageorientierten Gesellschaft Sinn machen, die sich durch andersartige, teilweise politisch erst geschaffene Zerklüftungen auszeichnet, in der sich neue Gruppen Gehör und Platz verschaffen.

## **2. Das indische Parteiensystem: Konsolidierung mit Schönheitsfehlern**

Es gibt in der Literatur nur wenige Versuche zu bestimmen, unter welchen Voraussetzungen Parteien und Parteiensysteme speziell in Entwicklungsländern einen Beitrag zur Konsolidierung der Demokratie leisten. Dabei wird oft auf die Zahl der effektiven Parteien, ihre ideologische Polarisierung, ihre Fähigkeit zur Widerspiegelung gesellschaftlicher Konfliktlinien und insbesondere auf ihre Institutionalisierung verwiesen. Freilich wird selten trennscharf ausgeführt, was dieses eigentlich meint, meist auch nicht die Institutionalisierung von einzelnen Parteien und jene des Parteiensystems geschieden (vgl. Randall/Svasand 2002).

Als Konsolidierungskriterien für das Parteiensystem insgesamt werden genannt:

- a) ein Minimum an Extremismus (etwa geringer Stimmenanteil gewaltbereiter Nationalisten);
- b) eine klare Cleavage-Struktur, welche durch Parteien mit klaren Profilen aufgegriffen wird;
- c) die Trennung von territorialer und funktionaler Interessenrepräsentation, also von Verbänden und Parteien, damit auch eine relative Unabhängigkeit der Parteien;
- d) der Rückgang von Faktionalismus;
- e) eine Beruhigung der Wählerfluktuation und
- f) die Fähigkeit zur Koalitionsbildung von Parteien (vgl. dazu v. Beyme 1997: 34 ff.; Mainwaring/Torcal 2005: 4 ff.).

Gemessen an diesen Kriterien kann das indische Parteiensystem insgesamt als einigermaßen konsolidiert gelten. Die parteipolitische Polarisierung ist moderat (vgl. Sridharan/Varshney 2001: 207; anderer Meinung: Nikolenyi 1998); extremistische, gewaltbereite Parteien sind Randerscheinungen. Gewiss pflegen die beiden kommunistischen Parteien (in ihren Programmen) noch eine begrenzt radikale Rhetorik, in ihren Wahlplattformen und mehr noch in ihrem Regierungshandeln stellen sie sich freilich eher als sozialreformerische Bewegungen dar, die sich auch der Notwendigkeit, ausländischem und lokalen Privatkapital günsti-

ge Verwertungsbedingungen zu bieten, nicht verschließen. Die hindunationale Bharatiya Janata Party (BJP) verfolgt zwar (verbal) eine die Minderheiten diskriminierende Politik kultureller Dominanz der oberkastigen Hindus, sah sich aber in der Regierungspraxis seit 1998 gezwungen, auf die autonomistischen Wünsche und sozialen Empfindlichkeiten ihrer Partner (überwiegend kleiner und kleinster Regionalparteien) Rücksicht zu nehmen, dabei kontroverse eigene Projekte (Verfassungsreform, Hinduisierung des Bildungswesens etc.) auf die lange Bank zu schieben.

Die Trennung von funktionaler und territorialer Interessenrepräsentation ist in Indien weitgehend gegeben, auch wenn es kleinere Parteien gibt, die sich faktisch als Vertretung enger Partikularinteressen oder sozioökonomisch definierter Gruppen (etwa der Unterkastigen) gerieren. Die Unabhängigkeit von funktionalen Interessen fällt indischen Parteien aber schon allein deswegen nicht besonders schwer, weil das Land durch eine relativ flache Zivilgesellschaft bzw. schwache und wenig autonome Verbände geprägt ist (siehe dazu Chhibber 1999), die vielfach von Parteien (mit-)gesteuert werden. Die Wählerfluktuation ist vergleichsweise gering. Von 1952 bis 1971 pendelte das Votum für die Kongresspartei (Indian National Congress, INC) zwischen 40,8 und 47,8 % der Gesamtstimmen, seither beobachten wir einen kontinuierlichen Rückgang ohne große Sprünge auf 26,5 % (2004). Spiegelbildlich nahm der Anteil der hindunationalen BJP von 7,4 % (1984) auf 23,7 % (1999) bzw. 22,2 % (2004) ab, auch dies in den letzten Jahren ohne große Sprünge. Relativ stabiler Unterstützung erfreuen sich auch die beiden kommunistischen Parteien und die größeren Regionalparteien, marginalisiert wurden die sozialistischen Parteien. Werden die drei Unterhauswahlen von 1998 bis 2004 betrachtet, dann liegt nach dem gängigen Maßstab die Volatilität des indischen Parteiensystems bei etwa 8, also auf dem Niveau westeuropäischer Systeme.<sup>1</sup> Die also sehr geringe Wählerfluktuation wird in Bezug auf die Mandate überzeichnet durch die Effekte des Mehrheitswahlrechts in Einerwahlkreisen und der Wahlabsprachen bzw. -allianzen zwischen den Parteien.

Die Fähigkeit der Parteien zur Koalitionsbildung ist in einem Maße gegeben, das in Erstaußen versetzen kann: Partner mit höchst unterschiedlicher Programmatik fanden sich in den beiden, von der BJP auf der Ebene des Bundes geführten Regierungen zusammen (ab 1998 bzw. 1999). Der BJP als Protagonistin einer Einheitskultur und wirtschaftlicher Liberalisierung standen nämlich regionalistische und autonomistische Kleinparteien staatswirtschaftlicher Couleur zur Seite. Die Kongresspartei, lange im Glauben, sie könne die Mehrheit im Alleingang zurückerobern, musste und konnte sich im Vorfeld der letzten Unterhauswahlen zu Allianzen und Wahlabsprachen mit anderen Kleinparteien und der Communist Party of

---

<sup>1</sup> Eigene Berechnungen auf der Basis der Angaben der Election Commission für die Unterhauswahlen 1998, 1999 und 2004.



India – Marxist (CPM) durchringen, musste in der Regierung daher gehörige Abstriche an ihrer eigenen wirtschaftspolitischen Agenda hinnehmen. Die Koalitionsfähigkeit ist auf der Ebene der Unionsstaaten noch stärker ausgeprägt, brachte und bringt etwa in Uttar Pradesh so seltsame Partner wie die Partei der Unterkastigen (BSP) und die BJP zusammen. Da die Partner nahezu nach Belieben ausgetauscht werden, ist der Schluss erlaubt, dass dem Machtgewinn oder -erhalt in Indien kaum ideologische Barrieren entgegenstehen. Bei den zwei verbleibenden Institutionalisierungskriterien des Parteiensystems sind aber in Indien deutliche Defizite bzw. Abweichungen gegenüber Vergleichsfällen aus Industriestaaten zu konstatieren.

Dies gilt erstens für das Aufgreifen und Bearbeiten jener gesellschaftlicher Konfliktlinien durch Parteien, welche diese in anderen Regionen aufgegriffen und strategisch genutzt haben. Das hat auch damit zu tun, dass (1) in Indien manche gesellschaftliche Konfliktlinien nicht in der Intensität wie in der europäischen Entwicklung zur Demokratie auftraten oder fast ganz fehlten und (2) einige Konfliktlinien durch die demokratische Entwicklung und das Parteihandeln nach 1947 erst geschaffen bzw. intensiviert wurden (zum Folgenden vor allem Rösler/Jürgenmeyer 2001). Dies betrifft erstens die Konfliktlinie Zentrum – Peripherie, der die widerstreitenden Interessen einer an der Entwicklung panindischer Identität gelegenen Elite (verwurzelt in der Unabhängigkeitsbewegung) einerseits und der regionalen Eliten andererseits zugrunde liegen. Letztere wehrten sich gegen Versuche der Durchsetzung einer panindischen Identität (nebst Hindi als alleiniger Nationalsprache) und gegen die Immigration aus anderen Landesteilen bzw. Nachbarländern (Bangladesch), und sie betrieben die Schaffung kulturell und sprachlich homogener Unionsstaaten, wobei sie den „Söhnen der Erde“ Wettbewerbsvorteile bei der Ausbildung und im Berufsleben zu verschaffen versuchten. Träger diesbezüglicher Bestrebungen waren neu entstehende Regionalparteien und die ihr nahestehenden Schichten der Kleinunternehmer, Mittelbauern und in der Landessprache ausgebildeten Akademiker.

Eine zweite potentielle Konfliktlinie zwischen Anhängern eines laizistischen und eines religiös fundierten Staates spielte in Indien lange Zeit keine große Rolle. Dies wegen der starken ethnischen, sprachlichen, kastenmäßigen und sozioökonomischen Fragmentierung der religiösen Gemeinschaften und wegen des Fehlens – bei den Hindus – einer Amtskirche (Thakur 1995: 221). Die Zuspitzung dieser Konfliktlinie ist weitgehend politisch induziert, dem angeblichen „Verhätscheln“ der Minderheiten durch die Kongressregierungen geschuldet und der politischen Reaktion der Parteien, welche sich als Vertretung der benachteiligten Mehrheit profilierten. Mit diesem Verhätscheln sind etwa der Fortbestand eines eigenen Zivilrechts der moslemischen Minderheit, der (mittlerweile stark ausgehöhlt) Autonomiestatus von Kaschmir und die stark ausgeweiteten Reservierungen für Stellen im öffentlichen

Dienst und der Hochschulausbildung für Angehörige der Unter- und Niedrigkastigen gemeint. Diese Reservierungen, bei deren sukzessiver Heraufsetzung sich die nationalen und regionalen Parteien vor allem ab den 1970er Jahren überboten, dienten einesteils der Schaffung kastenbezogener „vote banks“, reduzierten andererseits aber erheblich die Ausbildungs- und Beschäftigungschancen der Oberkastigen, die logischerweise dagegen in zum Teil spektakulären Aktionen (inklusive Selbstverbrennungen) angingen. Zu ihrem Sprachrohr machte sich die BJP, welche diese Bestrebungen durch gezielte Aktionen zur Stiftung religiösen Unfriedens und damit zur Wiederherstellung der Hindu-Einheit (wie die Erstürmung der Moschee von Ayodhya 1992) zu konterkarieren versuchte (Bhatt 2004).

Die Konfliktlinie zwischen Stadt und Land ist in Indien schwach ausgeprägt, weil Wahlen wegen geringer Urbanisierung und mäßigem Gewicht des Industriesektors immer noch auf dem Lande gewonnen werden. Sie ist zumindest teilweise ebenfalls politisch induziert: Durch eine zunächst extrem industrielastige Entwicklungsstrategie benachteiligt, politisch durch die Herrschaft hochkastiger, englischsprachiger Eliten marginalisiert, jedoch durch die Bildungsrevolution und die Effekte der grünen Revolution selbstsicherer gemacht, haben sich die bäuerlichen Schichten ab Mitte der 1960er Jahre vom Kongress ab- und diversen Regionalparteien sowie dem Janata Dal (welche sich aus den ländlichen Mittelschichten rekrutiert) und dem Lok Dal (mit stark bauernfreundlichem Programm) zugewandt. Diese Parteien und ihr Anhang ist allerdings sehr instabil; eine straff organisierte Bauernpartei konnte oder brauchte sich gerade deswegen nicht bilden, weil wegen des noch weit überwiegend ruralen Landescharakters fast alle anderen Parteien genötigt sind, um die Stimmen der Klein- und Mittelbauern zu werben und deren Interessen zu berücksichtigen.

Die letzte traditionelle Konfliktlinie – zwischen Kapital und Arbeit – war und ist in Indien ebenfalls schwach ausgeprägt: Die industrielle Entwicklung wurde von Staatsunternehmen dominiert, die sich als mustergültige Arbeitgeber zu profilieren versuchten, die Privatwirtschaft wurde als Juniorpartner des Staates vor unerwünschter in- und ausländischer Konkurrenz abgeschirmt, die Gewerkschaften sind extrem fragmentiert, Lohnarbeiter im modernen Sektor stellen einen sehr geringen und überdies relativ privilegierten Teil der Gesamtbevölkerung. In der Folge mussten sozialistische und kommunistische Parteien zwangsläufig unter politischer Raumnot leiden, verstärkt noch durch die Folgen der sozialistischen Rhetorik von Kongress und Regionalparteien. Die Kommunisten mobilisieren und stützen sich denn im Wesentlichen auf die Klein- und Mittelbauern (die sie durch vorzeigbare Landreformen, Dezentralisierung und die Bereitstellung ländlicher Infrastruktur für sich gewonnen haben), nicht jedoch auf die Landlosen.<sup>2</sup> Facharbeiter schließlich pflegen in

---

<sup>2</sup> Nach Eigenangaben beträgt der Anteil der Arbeiter und Bauern bei der CPI-M in Westbengalen 52 %, in Kerala 85 %; vgl. Frontline 19,7 (2002).

den Distrikten um Mumbai und in Westbengalen vornehmlich den Kongress zu wählen (Malhotra 1990; Mallick 1994). Sofern die Konfliktlinie zwischen Kapital und Arbeit sichtbar und politisch instrumentalisiert wird, geht es dabei um eher sekundäre und nicht nur die Arbeiterschaft bzw. das Kapital berührende Probleme wie Tempo und Ausmaß der Privatisierung von Staatsunternehmen, den Spielraum ausländischer Unternehmen, den Abbau staatlicher Subventionen und die relative Abschirmung des Binnenmarktes. Kurzum: wirtschaftsnationalistische Konzepte, vertreten von etlichen Regionalparteien und den Kommunisten, stehen wirtschaftsliberale Strategien der jeweils dominanten Regierungspartei gegenüber. Interessant ist, dass Letztere sofort einen Seitenwechsel vollziehen, wenn sie in die Opposition gehen.

Eine indische Besonderheit stellt eine weitere, in dieser Form vergleichsweise einmalige Konfliktlinie dar, nämlich diejenige zwischen Ober- und Niedrigkastigen. Es kann und soll an dieser Stelle nicht das Kastenwesen charakterisiert und in seiner gesellschaftlichen Bedeutung dargestellt werden. Nur soviel: Es gibt Tausende von Kasten in Indien mit durchaus noch stark endogamem Charakter, aber abnehmender Prägekraft der sozialen Aufstiegschancen. Kastenhierarchien unterscheiden sich lokal deutlich ebenso wie die Dominanz bestimmter Kasten, die durchaus nicht rigide Grenzen haben und kollektiven Auf- oder Abstieg kennen (vgl. Bayly 1999: Kap. 8). Dennoch gibt es eine gewisse, allerdings abnehmende Konkordanz von sozioökonomischem und Kastenstatus, ein beachtliches Ausmaß von Gewalttätigkeiten gegen und von sozialer Exklusion der Niedrigkastigen, die eigentlich eine politische Instrumentierung [oder Instrumentalisierung?] dieser Konfliktlinie nahe legen würde. Dies geschah nach der Unabhängigkeit zunächst nur begrenzt, weil Unberührbarkeit verfassungsgemäß für abgeschafft erklärt wurde, den so genannten Kastenlosen und den Stammesangehörigen reservierte Sitze in den Parlamenten, Quoten bei den Stellen im Staatsapparat und in der Hochschulausbildung eingeräumt wurden und sich überdies die Kongresspartei immer als Fürsprecherin der Unterprivilegierten profilierte. Im Jahre 1972 trat mit den Dalit Panthers aber eine vergleichsweise militante Partei der Unberührbaren auf, die zwar ein frühes Ende fand, 1984 jedoch von einer neuen Partei (der BSP) dieser Bevölkerungsgruppe abgelöst wurde, die gründliche soziale Transformation auf ihre Fahnen schrieb und im größten Unionsstaat (Uttar Pradesh) mehrmals die Regierung stellen konnte (sinnigerweise in Koalition mit der hindunationalistischen BJP).

Es wurde oben schon auf den Aufstieg der Regionalparteien hingewiesen, die praktisch auch zu Vertretungen der jeweils stärksten, in der Hierarchie niedriger (als die oberen Ränge) stehender Kasten darstellten. Ihre Elite kam bei Nominierungen in den nationalen Parteien oft nicht ausreichend zum Zuge und hatte daher Anlass zur Lancierung eigener Parteien (vgl. Chandra 2004: Kap. 5). Die Regionalparteien stellen heute ungefähr ein Drittel aller

Abgeordneten im Unterhaus und bedienen ihre Klientel durch staatliche Subventionen (v. a. für Wasser, Dünger und Strom) und zusätzliche Reservierungen.

Kastenzugehörigkeiten spielen nicht nur bei der Neugründung von Kleinparteien, sondern auch für das sogenannte „social engineering“ in den etablierten nationalen Parteien eine wichtige Rolle, die ihren Oberkastencharakter sukzessive abstreifen (vgl. Jaffrelot 2000). Bei allen Parteien spielt die Kastenzugehörigkeit der Kandidaten eine wichtige, wenn nicht gar entscheidende Rolle, weil Kastenvereinigungen immer noch in der Lage sind, die Stimmen ihrer Gruppe (mit abnehmender Zuverlässigkeit) dem höchsten Bieter zuzuführen. Politisch hat die wirtschaftliche und soziale Modernisierung also keineswegs zur Marginalisierung des Kastenwesens geführt, wie vielfach erwartet (vgl. Kaviraj 1999: 17), sondern ist durch die zunehmende Mobilisierung der niederen Kasten (in allerdings höchst weltlichem Sinne) sogar noch gestärkt worden. Das hat wesentlich mit den kompetitiven Reservierungen für immer weitere Kastengruppen zu tun, welche Parteien zur Gewinnung von „vote banks“ betrieben. Dieser Vorgang kann als klientelistische Anbindung der niedrigkastigen Eliten bezeichnet werden, wobei die nicht begünstigten Gruppenmitglieder sich zumindest im Glanz des neu gewonnenen politischen Gruppenprestiges sonnen können (vgl. Weiner 2001).<sup>3</sup>

Als Teilfazit können wir also festhalten, dass das indische Parteiensystem insgesamt nach den gängigen Kriterien (Faktionalismus/Klientelismus werden weiter unten abgehandelt) als weitgehend konsolidiert gelten kann. Die ideologische Polarisierung des Parteiensystems ist eher schwach ausgeprägt, bedingt vor allem durch stark klientelistisch geprägte Anbindung an die Wähler und programmatische Schwammigkeit. Dies hinderte freilich nicht, dass indische Parteien nicht gesellschaftliche Konfliktlinien strategisch genutzt und intensiviert haben, auch wenn dies nicht unbedingt solche waren, die in der Entwicklung westlicher Systeme eine große Rolle spielten. Auffällig ist auch, dass die Nutzung dieser Konfliktlinien die Koalitionsfähigkeit der Parteien nicht oder nur wenig beeinträchtigt hat, ein Hinweis darauf, dass die Prämien der Regierungsbeteiligung hoch sind.

### **3. Defizite der Institutionalisierung von Einzelparteien**

In Bezug auf die Konsolidierung einzelner Parteien wird stärker noch als für das Parteiensystem insgesamt auf die Institutionalisierung abgehoben. Klar ist, dass etliche der für das Parteiensystem als Ganzes genannten Konsolidierungskriterien auch für die Anwendung

---

<sup>3</sup> Ein angesichts der jahrhundertelangen sozialen Diskriminierung des Niedrigkastigen nicht ganz unwichtiges Faktum; Interviews dazu in Neu Delhi im März/April 2004.

auf Einzelparteien Sinn machen (etwa die Ausrichtung an einer Konfliktlinie, Rückgang von Faktionalismus/Personalismus, stabile Anhängerschaft, institutionelle Autonomie). Freilich können hoch institutionalisierte Einzelparteien extrem nationalistischer oder ethnisch exklusiver Ausrichtung die Konsolidierung des Parteiensystems oder der Demokratie behindern oder untergraben. In der Literatur gelten Einzelparteien als institutionalisiert, wenn diese (a) sich nicht lediglich den Parteiführen unterordnen und ein gewisses Maß an Parteidisziplin aufweisen (Mainwaring 1999); (b) über Führungsgruppen mit einer gewissen inneren Kohärenz verfügen (Segert 1997); (c) über ein Minimum an Mitgliedern verfügen, das als Rekrutierungsreserve dient; (d) eine ausreichende Finanzierungsbasis haben (Katz 1997); (e) weitgehend frei von Personalismus, Klientelismus und Faktionalismus sind (Croissant 1997; Merkel 1997a); und schließlich (f) Ansprüchen innerparteilicher Demokratie genügen.

Theoretisch anspruchsvollere, strukturfunktionalistisch und an Autoren wie Huntington (1968), Janda (1980), Levitsky (1998) und Mainwaring/Torcal (2005) orientierte Versuche der Bestimmung von Institutionalisierung definieren diese als Kombination der (a) Anpassungsfähigkeit der Partei, (b) ihres „Systemcharakters“ (= Komplexität und Kohärenz der Institution, gemessen etwa an der Zahl der Untereinheiten und dem Konsens innerhalb der Partei), (c) der auch immateriellen und von Führungspersonen abgelösten Wertschätzung der Partei durch ihre Wähler und Mitglieder, (d) ihrer Autonomie gegenüber anderen sozialen Gruppierungen und (e) ihrer distinkten Wahrnehmung in der Öffentlichkeit.

Klar ist, dass diese Kriterien nicht gleichgerichtet sind (etwa Anpassungsfähigkeit und Kohärenz versus Wertschätzung) und sie sowohl Folge wie Ursache von Institutionalisierung sein können. Fraglich ist auch, ob die Verletzung eines Einzelkriteriums (besonders der Autonomie gegenüber Interessengruppen) die parteiliche Institutionalisierung wirklich hindert (Anbindung der Gewerkschaften!) und offen muss bleiben, ob institutionelle Regression auch bei Erfüllung aller Kriterien ausgeschlossen werden kann.

Mit der Institutionalisierung der meisten Parteien ist es in Indien zwangsläufig schon deswegen nicht weit her, weil die meisten von ihnen Kleinstparteien darstellen und starken „Eigentümercharakter“ aufweisen. Allein im Unterhaus sind über 40 Parteien vertreten, insgesamt gibt es einige Hundert, teilweise nicht von der Wahlkommission registrierter oder gar anerkannter Parteien. Die Voraussetzungen zur Gründung von Parteien sind sehr niedrig, sollen aber verschärft werden (Election Commission of India 2000 und 2004). Die Anerkennung verlangt, dass die Parteien demokratischen, sozialistischen und säkularen Prinzipien verpflichtet ist; es wird auch erwartet, dass sie ein Statut haben und interne Wahlen durchführen (ebd.). Die meisten anerkannten Kleinparteien verlangen dennoch keine schwierige institutionelle Analyse, sind sie doch ausschließlich Instrumente des per Akklamation bestellten Parteiführers und seines Anhangs mit geringem organisatorischen Un-

terbau und schwacher Präsenz außerhalb von Wahlkämpfen. Sinn macht daher nur die Analyse der sechs nationalen Parteien (definiert als Parteien, die bei Unterhaus- und mehreren Landtagswahlen angetreten sind), von denen hier die Kongresspartei (INC), die BJP und die CPM näher untersucht werden sollen.

In Bezug auf diese drei Parteien und die genannten Kriterien für die Institutionalisierung von Einzelparteien zusammenfassend, soll im Folgenden gefragt werden nach (a) der Anpassungsfähigkeit dieser Parteien, (b) ihrer organisatorische Komplexität und Kohärenz (inklusive einer ausreichenden Mitgliederbasis), (c) der Sicherheit ihrer Finanzierungsbasis, (d) der Existenz bzw. dem Fehlen von Personalismus, Klientelismus, Faktionalismus und Parteidisziplin und (e) der innerparteilichen Demokratie.

Als gegeben kann die Autonomie der nationalen, größeren Parteien gegenüber anderen sozialen Gruppierungen und die distinkte Wahrnehmung der Parteien in der Öffentlichkeit angesehen werden. Es wurde schon ausgeführt, dass die indische Zivilgesellschaft eher flach ist und von den Parteien kolonisiert wird statt umgekehrt. Die Tatsache, dass regierende Parteien bei schlechter Regierungsführung und mangelnder Responsivität gegenüber ihren Zielgruppen abgewählt werden, spricht auch dafür, dass die Bürger zu unterscheiden wissen. Die Wertschätzung der Partei durch ihre Mitglieder und Wähler (also die relative Unabhängigkeit der Partei von ihren jeweiligen Führern) ist ein schwieriges Kriterium. Sie wird hilfsweise von Mainwaring/Torcal (2005: 18 ff.) als Rückgang des personenorientierten Wahlverhaltens bestimmt. In Bezug auf die Mitglieder könnte man fragen, inwieweit dies auch nach Wahlniederlagen ihrer Partei die Stange halten. Diese Fragen können schon wegen Datenproblemen kaum erschöpfend beantwortet werden. Die Bilanz sieht diesbezüglich wohl eher gemischt aus: einer relativen Parteitreu der Wähler (unabhängig von den jeweils aufgestellten Kandidaten) steht eine erhebliche Fluktuation der Mitglieder gegenüber, wenn ihre Partei abgewählt wurde oder sie nach siegreicher Wahl nicht genügend bedacht hat (s. u.).

Die Anpassungsfähigkeit der nationalen indischer Parteien, misst man sie nur nach der Dauer ihres Bestehens, ist hoch. Die nationalen und auch die dominanten regionalen Parteien blicken auf ein meist ehrwürdiges Alter zurück. Freilich sind sie von häufigen Abspaltungen, der Rückkehr der Dissidenten und/oder der Verschmelzung/Wiedervereinigung gekennzeichnet, Tendenzen, die vornehmlich die Kongresspartei und die Regionalparteien auszeichnen.

### **Komplexität und Kohärenz der indischen Parteien**

Ein wichtiges Institutionalisierungskriterium sind Komplexität und Kohärenz der indischen Parteien. Zunächst zur Zahl der Mitglieder: Der gesellschaftliche Partizipationsgrad in den

Parteien ist in Indien – zumindest auf dem Papier – beachtlich. Die Angaben zur Zahl der Parteimitglieder sind indes mit Vorsicht zu genießen, eine Überprüfung der meist überzogenen Angaben ist angesichts oft fehlender oder mangelhaft aktualisierter Mitgliederlisten meist nicht möglich. Die Kongresspartei hatte nach Eigenangaben Mitte der 1980er Jahre 17 Mio. Mitglieder, die BJP 10 Mio. (Malhotra 1990). Heute will die BJP nach Aussage eines Generalsekretärs 30 Mio. Mitglieder haben, davon 500.000 aktive Mitglieder,<sup>4</sup> Auslassungen der Kongresspartei gab es dazu nicht, weil – so die Behauptung – Mitgliederlisten auf zentraler Ebene nicht geführt würden.<sup>5</sup> Wir sind aber in der Lage, einigermaßen glaubwürdige Zahlen aus neuerer Zeit hochzurechnen und damit die Eigenangaben der Parteien wenigstens begrenzt zu kontrollieren. So hatte die BJP in Gujarat nach Angaben ihres Generalsekretärs 180.000 Mitglieder, davon 52.000 aktive Mitglieder,<sup>6</sup> in Delhi waren es 675.000 bzw. 80.000 Mitglieder<sup>7</sup>, in Rajasthan angeblich 2,5 Mio. bzw. 50.000.<sup>8</sup> Die Kongresspartei in Kerala wollte 2003 2,85 Mio. (primäre) Mitglieder haben.<sup>9</sup> Die CPM, die ihre Mitgliederlisten periodisch säubert, hatte (2002) angeblich 814.408 Mitglieder.<sup>10</sup> Wenn diese Zahlen einigermaßen zuverlässig sein sollten, so sind die Angaben zu den 1980er Jahren nicht überzogen und absolut beeindruckend. Wir kämen dann (nimmt man die Mitglieder der zahlreichen Regionalparteien hinzu) zu einer Organisationsdichte, welche – unter Berücksichtigung der relativ jungen Bevölkerung in Indien – diejenige in westlichen Industrieländern erreicht oder sogar übertrifft.

Folgendes ist jedoch zu bedenken:

1. Die Parteibeiträge sind so gering (bei den einfachen Mitgliedern zwischen einer und zwei Rupien pro Jahr, bei den „aktiven“, zur passiven Wahl berechtigten Mitglieder zwischen 60 und 100 Rs. für drei Jahre, bei der CPM nach Einkommen),<sup>11</sup> die Pflichten der einfachen Mitglieder so bescheiden, dass der Parteibeitritt keiner übertriebenen individuellen Anstrengung bedarf. Auf Nachfrage wurde immer wieder erklärt, die Beitragshöhe solle nicht gesteigert werden, um den Unterprivilegierten die Mitgliedschaft nicht zu versperren. Wahrscheinlicher ist aber, dass Steigerungen unterbleiben, um die Rekrutierung von Scheinmitgliedern (s. u.) nicht zu erschweren und organisatorische Stärke zu demonstrieren.

---

<sup>4</sup> Interview mit mit Rajnat Singh (BJP) im März 2004.

<sup>5</sup> Interview mit Generalsekretär Oscar Fernandes (INC) im April 2003.

<sup>6</sup> Interview mit Surendra Patel (BJP) im März 2005.

<sup>7</sup> Interview mit J. R. Vardhan (BJP) im März 2003.

<sup>8</sup> Interview mit Vasundera Raje (BJP) im April 2004

<sup>9</sup> Interview mit K. P. Khunnikannan (INC) im April 2003.

<sup>10</sup> Vgl. [www.cpim.org](http://www.cpim.org), Communist Party of India (Marxist).

<sup>11</sup> Eine indische Rupie entspricht zur Zeit 0,017 €, ein Grundschullehrer verdient im Monat bis zu 4.000 Rs.

2. Die angegebenen Mitgliederzahlen sind höher, als es den einschlägigen Einnahmen aus Mitgliederbeiträgen entsprechen würde, was Krishna (1967) schon für die 1960er Jahre feststellte. Entweder wird die Mitgliedschaft übertrieben und/oder die Beiträge werden ohne Sanktionen unzureichend abgeführt. Beides ist nach den verfügbaren Informationen zutreffend.
3. Noch wichtiger aber ist die immer wieder beklagte, aber bis heute nicht beseitigte Mobilisierung von Scheinmitgliedern. Höhere Amtsträger der Partei berichteten in Interviews nicht ohne einen gewissen Zynismus, es sei keine Kunst, in den Parteibüros einen Packen von Eintrittsformularen abzuholen, auf diese Phantasienamen (aus dem Telefonbuch oder dem Wählerregister) einzutragen und für die „Neumitglieder“ die Beiträge zu übernehmen. Vor allem wohlhabende Mitglieder, die in der Partei vorwärts kommen wollten, würden die Beiträge für ganze Regimenter abführen und sich naturgemäß nicht mit dem nachträglichen Einsammeln bei den so Geworbenen abmühen.<sup>12</sup> Diese Art von Mobilisierung führt dazu, dass die Parteieinheit auf der nächsthöheren Stufe mit Delegierten besser vertreten ist und verschafft dem Werber in jeder Hinsicht ein gutes Entrée. Die fatale Folge dieser Praxis ist freilich, dass Mehrheitsentscheidungen auf niedriger Parteiebene keine Akzeptanz finden können, da die Opponenten immer Geisterbattalione in die Schlacht führen. Abstimmungen werden daher ersetzt durch von den höheren Parteigliederungen mittels sogenannter Beobachter observierte, konsensuale Verfahren (s. u.). Hierbei werden Beobachter entsandt, welche im Konfliktfalle die Mehrheit feststellen.

Letztlich können also wohl nur die sehr viel weniger zahlreichen aktiven Mitglieder als echter Organisationsbestand verbucht werden. Auch über deren Einsatz darf man sich nicht allzu große Illusionen machen. Sie treten hauptsächlich während der allerdings häufiger gewordenen Wahlkämpfe in Erscheinung und bestehen zum allergrößten Teil aus Abgeordneten, Mitgliedern von Kommunal-, Distrikträten, Parteifunktionären oder parteilichen Amtsträgern in District Boards, Aufsichtsräten von Staatsunternehmen etc.

Die organisatorische Komplexität der untersuchten Parteien ist hoch (zum Folgenden: AICC 1999; BJP 1999; CPI-M o. J.). Sie verfügen über längere Parteistatute, weisen (relativ selten modifizierte) Parteiprogramme auf und veröffentlichen vor jeder wichtigen Wahl Parteimanifeste. Daneben nehmen sie zu einer Vielzahl innen-, wirtschafts- und außenpolitischer Fragen Stellung. Sie halten alle ein Parteimagazin, das von den aktiven Mitgliedern abonniert werden muss und führen regelmäßige Schulungen für ihre Mitglieder durch, erwarten von diesen auch, dass sie an den häufigen öffentlichen Veranstaltungen der Partei (meist „rallies“ genannt) teilnehmen. Die Parteien weisen auch (zumindest auf dem Papier) eine

---

<sup>12</sup> Interviews in Delhi und Rajasthan im März 2005 bzw. April 2004.



tiefe vertikale und breite horizontale Organisationsstruktur auf. Zellen auf der Ebene der Wahllokale sind die niedrigsten Einheiten bei BJP und Kongress, bei der CPI-M ergänzt durch betriebliche Gruppen. Darüber stehen Gliederungen auf der Gemeinde-, Kreis-, Distrikts- der unionsstaatlichen Ebene und des Bundes, deren Vorstände teilweise durch Delegiertenwahlen (der Rest *ex officio*, s. u.) bestellt werden. Satzungsmäßig höchste Organe sind die Parteitage bzw. (bei der CPI-M) der Parteikongress, faktisch mächtigste Organe sind die Parteiexecutiven, denen unionsstaatliche bzw. zentrale Wahl- und Disziplinarkommissionen zur Seite stehen. Horizontal gesellen sich eine ganze Reihe von Kollateralverbänden (der Jugend, der Frauen, Bauern und eigene Gewerkschaften) hinzu, die v.a. bei der BJP und der CPI-M den Mitgliederumfang in der Partei selbst in den Schatten stellen, die in den Satzungen allerdings recht wortkarg behandelt werden, teilweise weil die Parteien den Eindruck erwecken wollen, diese Organisationen seien vollständig unabhängig (dies gilt v. a. für die BJP). Ihre Amtsträger werden in der Regel schlicht vom jeweiligen Parteipräsidenten eingesetzt.

Die höheren Parteiebenen (in der Regel ab dem Distrikt) verfügen über eigene Sekretariate und mehrere ernannte Generalsekretäre, die in den Statuten von BJP und INC nur beiläufig erwähnt werden. Die Größe der Parteiapparate ist aber überschaubar. In den unionsstaatlichen Parteisekretariaten der BJP sind maximal 20 Kräfte fest angestellt, dazu kommen noch (je Distrikt) ein festangestellter Sekretär, der von dem hinduradikalen Mutterverband RSS gestellt wird.<sup>13</sup> Bei der Kongresspartei können wir von ähnlichen Größenordnungen ausgehen. Die übrigen Parteiaktivisten leisten freiwillige Arbeit, bekommen lediglich während des Wahlkampfes (für ihre Ausgaben und ihren Einnahmeausfall) Aufwandsentschädigung. Allzu beeindruckend ist dies nicht. Dem entspricht auch das Erscheinungsbild der indischen Parteibüros. Auf der Ebene des Bundes gleichen sie eher einem Heerlager in Permanenz, wo unzählige Bittsteller, Amtsträger und Abgeordnete aus allen Teilen Indiens die Parteipräsidenten und Generalsekretäre um Hilfe oder Instruktionen bitten, unterhalb der unionsstaatlichen Ebene sind die Büros außerhalb von Wahlkampfzeiten selten permanent besetzt, die lokalen Präsidenten und das übrige Führungsgremium allenfalls sporadisch anwesend.<sup>14</sup> Darauf hatte bereits Atul Kohli (1990) (für den Kongress) hingewiesen, der mit Amtsantritt von Indira Gandhi als Parteipräsidentin und Premierministerin eine zunehmende Deinstitutionalisierung der Partei konstatierte. Er und Ramesh Thakur (1995) führten aus, die einst wohlorganisierte, dezentrale Parteimaschine sei in eine Ansammlung von lakaienhaften Funktionären der Nehru-Gandhi-Familie pervertiert worden. Unterwürfige Apparatschiks

---

<sup>13</sup> Interviews in den Parteiführungen der BJP im März 2005 und April 2004.

<sup>14</sup> Augenschein des Verfassers bei Besuchen in Delhi, Gujarat, Kerala und Rajasthan.

hätten Führungspositionen in der Parteiführung erhalten, die Basisanbindung der Partei sei durch populistische Wählermobilisierung ersetzt worden.

Auffällig ist jedenfalls, dass indische Parteien kaum ein effektives institutionelles Gedächtnis aufweisen; bei Besuchen des Verfassers in lokalen Parteibüros konnten kaum Akten gesichtet werden, aktuelle Telefonlisten der Abgeordneten waren nicht verfügbar oder fehlerhaft usw. Das Hauptarbeitsmittel der Parteifunktionäre waren mehrere Telefone und dazu gehörende (private) Verzeichnisse. Ergebnisse der Gespräche wurden niemals festgehalten; der größte Teil der Amtsgeschäfte in den Privathäusern dieser Funktionäre abgewickelt oder während des Dienstes in ihrer privaten/parastaatlichen Nebentätigkeit. Diese Deinstitutionalisierung kontrastiert freilich mit der Effektivität der indischen Parteien als Wahlmaschinen, wobei diese Effektivität im Falle der BJP großteils daraus resultiert, dass sie für die Organisation der Wahlkampagnen auf ihre zahlreichen und personell starken Vorfeldorganisationen (wie den nationalen Freiwilligenverband Rashtriya Sevak Sangh; RSS, die parteinahe Gewerkschaft Bharatiya Mazdoor Sangh; BMS, die Jugendorganisation Bajrang Dal etc.) zurückgreifen kann. Dieser Armada hatte der INC bis unlängst nicht allzu viel entgegenzusetzen, da diese Partei ihr Vorfeld (v. a. die Jugend- und Studentenverbände) regelrecht verfallen ließ (vgl. dazu Ghosh 2003).<sup>15</sup>

### **Innerparteiliche Demokratie**

Die innerparteiliche Demokratie in Indien ist durch starke Defizite geprägt. Erste Hinweise dazu enthalten bereits die (unverdächtigen) Parteistatute. Auffällig ist die beachtliche Zahl der Ex-officio-Mitglieder auf höheren Ebenen. So besteht das Distriktkomitee (DCC) der Kongresspartei aus sechs gewählten Vertretern, aber zusätzlich aus allen Ex-Präsidenten des DCC, aus den Präsidenten der Blockkomitees (der niedrigeren Einheiten), aus allen Mitgliedern des jeweiligen unionsstaatlichen Komitees und aus allen Landtagsabgeordneten, sofern sie im Distrikt wohnen, aus allen Fraktionsführern der Stadt und Distrikträten sowie aus weiteren, von der Distriktführung kooptierten Mitgliedern. Das setzt sich auf jeweils höherer Stufe (also im Parteikomitee der Unionsstaaten und im All India Congress Committee, AICC) so fort. Gewählt wird also nur die Minderheit der Führungsmannschaften (AICC 1999). Bei der BJP sieht es nicht viel besser aus. Hier werden zwar die Mitglieder des Komitees bzw. der State und National Executive gewählt, der gewählte Präsident ernennt aber aus deren Mitte eine so hohe Zahl von Vizepräsidenten, Generalsekretären, Sekretären und Schatzmeistern, dass er zusammen mit diesen fast die Hälfte der Stimmen kontrolliert. Da jene ihm für ihr Amt verpflichtet sind, ist es nicht sehr wahrscheinlich, dass sie ihm dauernd

---

<sup>15</sup> Interviews in New Delhi im März 2004 bzw. 2005.

offen Widerpart bieten. In den Beratungs- und Wahlorganen auf staatlicher und Bundesebene der BJP (State und National Council) dominieren wie bei der Kongresspartei die kooptierten Mitglieder: Ex-Präsidenten, Mitglieder der State bzw. National Executive, Präsidenten und Generalsekretäre der Distrikträte bzw. State Councils, Fraktionsführer der Partei auf mehreren Ebenen, Präsidenten der Kollateralorganisationen und 25 bzw. 40 durch den Parteipräsidenten ernannte Mitglieder (BJP 1999). Da muten die Vorkehrungen der CPI-M schon beinahe vorbildlich an, bei der alle Mitglieder des ZK, der State und District Committees gewählt werden, freilich ihre Verantwortung dann alsbald an das Politbüro bzw. das Sekretariat abgeben müssen (CPI-M o. J.).

Nicht aus dem Rahmen fällt die Tatsache, dass Parteitage in Indien weitgehend akklamatorische Funktion haben. Sie treten bei der BJP nur alle drei Jahre zusammen, über ihre Funktion führt das Statut nichts aus. Bei der Kongresspartei wählt der Parteitag zwar den Präsidenten, er wird aber von der Exekutive (dem All India Congress Committee; AICC) vorbereitet und ihm ist außerdem ein so genanntes Subjects Committee (zur Auswahl und Zusammenfassung von Resolutionen) vorgeschaltet. Die Letztauswahl der Kandidaten für Wahlämter erfolgt durch eigene State und Central Election Committees, bei der CPI-M fällt dies in die Kompetenz des ZK. In BJP und INC gibt es spezielle Parliamentary Boards, die von der National Executive bzw. dem Congress Working Committee (CWC) ernannt werden und die Fraktionsarbeit im Unterhaus und den Legislativen Versammlungen überwachen sollen. In ihr haben die Amtsträger der Partei die Mehrheit, ein Hinweis auf die faktische Unterordnung der Fraktionen unter den Parteiapparat und dessen Bestrebung, intraorganisatorische Konflikte zu kontrollieren (dazu allgemein van Biezen 2000).

Die faktische innerparteiliche Demokratie bleibt weit hinter den Statuten zurück. In der Kongresspartei fanden von 1972 bis Dezember 1991 *überhaupt keine* parteiinternen Wahlen statt, die gesamte Führungsriege wurde also von den Parteipräsidenten (und ihrem Anhang) ernannt (Thakur 1995). Die Wahlen vom Dezember 1991 dienten zudem hauptsächlich dazu, dem neuen, nicht der Nehru-Gandhi-Dynastie entstammenden Premierminister Narasimha Rao eine politische Hausmacht zu verschaffen. Seither sind zwar periodisch interne Wahlen durchgeführt, aber mitunter wegen internen Konflikten oder anstehenden Landtagswahlen auch häufiger verschoben worden.<sup>16</sup> Praktisch wird das (unionsstaatliche) Pradesh Congress Committee auch heute vollständig von oben ernannt (mit dem Ziel einer fairen Vertretung aller Fraktionen), in Bezug auf das CWC wurde unlängst beschlossen, dass alle Mitglieder von Parteipräsidentin Sonia Gandhi eingesetzt werden (Chopra 2003: 169). Zeitungsberichten der letzten Jahre kann man entnehmen, dass sie letztinstanzlich über die

---

<sup>16</sup> Vgl. The Hindu, 28.06.2004.

Auswahl der Chefminister und seiner Kollegen, der Auswahl von Kandidaten für Unter- und Oberhaus und die Zusammensetzung der Parteiführung entschied.

Auch die interne Streitkultur im Kongress ist unterentwickelt. Die zu behandelnden Resolutionen im AICC (August 2004) standen schon vorher ebenso fest wie die Personen, die sie einbringen würden. Bei Durchsicht der Protokolle wird offenkundig, dass nur die Führung Resolutionen einbrachte, die von Paladinen aus etlichen Unionsstaaten unterstützt und alleinstimmig verabschiedet wurden (vgl. AICC 2001). Teilnehmer berichteten, bei den Sitzungen des AICC würden nur andernorts getroffene Entscheidungen abgenickt.<sup>17</sup> Bei allen wichtigen Disputen in der Partei wird die Entscheidung der zentralen Führung überlassen, oder, in den Worten eines Generalsekretärs auf staatlicher Ebene: „We abide by the decisions of the High command“<sup>18</sup>.

Die BJP hat immer behauptet, demokratischer als andere Parteien zu sein. Sie hält sich zugute, die Amtszeit ihrer Führer zu beschränken (die Wiederwahl der Präsidenten ist nur einmal möglich) und regelmäßige interne Wahlen abzuhalten (Jaffrelot 2000). Diese positive Selbstbeschreibung muss allerdings mehrfach qualifiziert werden. Beobachter sprechen von einer zunehmenden „Congressisation“ der BJP, will heißen, dass sich auch in dieser einstmals straff organisierten Partei faktionale Konflikte häufen, in welche die zentrale Parteiführung interveniert, die im Übrigen auch die Chefminister nach Gusto ersetzt (unlängst in Uttar Pradesh, Gujarat und Uttaranchal), ohne auch nur die jeweilige Landtagsfraktion zu konsultieren (Thakurta/Raghuraman 2004). Bei der Besetzung der zentralen Parteiämter hat es in den letzten Jahren nicht eine einzige Kampfabstimmung gegeben, selbst der Staatspräsident wurde schlicht vom Premierminister ausgewählt. Auch Sachfragen werden ausschließlich von der Führung entschieden,<sup>19</sup> die neuerdings ebenfalls als „High command“ apostrophiert wird. Resolutionen, so ein früherer BJP-Finanzminister aus Gujarat „are hammered down from above“<sup>20</sup>. Erschwerend kommt bei dieser Partei hinzu, dass sie zumindest partiell von ihrer wichtigsten Vorfeldorganisation bzw. ihrer Mutterorganisation (dem RSS), ferngesteuert wird. Faktisch alle wichtigen Entscheidungen der Partei werden mit dieser bei monatlichen Treffen (oder auch informell) abgesprochen. Ein großer Teil der BJP-Führung setzt sich aus RSS-Kadern zusammen, die auf der Ebene der Distrikte und der Landesparteien auch den mächtigsten Generalsekretär stellen (Organizing Secretary), der einer der wenigen Vollzeitarbeitskräfte der Partei ist. Über die gegenseitige Durchdringung

---

<sup>17</sup> Interview in Rajasthan im März 2004.

<sup>18</sup> Interview mit einem Generalsekretär der Kongresspartei im April 2004.

<sup>19</sup> Interview mit Harish Kare, Associate Editor der Zeitung „The Hindu“ im März 2005.

<sup>20</sup> Interview in Gujarat im April 2005.

der hindunationalistischen Organisationen gibt es eine reiche Literatur (statt vieler: Jaffrelot 2005), so dass diese Anmerkungen genügen sollen.

Paradoxerweise sieht es bei der CPI-M, die dem Prinzip des demokratischen Zentralismus huldigt, mit der internen Demokratie eher besser aus. Dissens darf zwar nicht nach außen getragen werden und untere Parteigliederungen haben sich den Direktiven der höheren Einheiten zu unterwerfen, interne Treffen sind aber häufiger als bei anderen Parteien, Debatte und Dissens in kritischen Fragen (vor einer Entscheidung) werden toleriert und haben oftmals einen Kurswechsel eingeleitet (ähnlich Subramanian 1999). Ein Beispiel hierfür ist die innerparteiliche Diskussion nach den Unterhauswahlen 1996, als Jyoti Basu (dem damaligen kommunistischen Chefminister in Westbengalen) das Amt des Premierministers angeboten wurde. Nach heftiger Diskussion im Zentralkomitee setzten sich die „Jungtürken“ durch, die befürchteten, die Partei würde durch die geplante Regierungsbeteiligung beschädigt. Dies ist in Bezug auf indische Parteien wohl ein einmaliger Vorgang.<sup>21</sup>

Es wird nach den bisherigen Ausführungen nicht verwundern, dass über die Kandidaten für die Landtage und das Unterhaus nicht auf der Ebene der Wahlkreise entschieden wird. Schon die Satzungen der Parteien sehen ja vor, dass über die Auswahl der Kandidaten endgültig im Zentralen Wahlausschuss der Parteien (bzw. im ZK) entschieden wird. Diese Ausschüsse werden durch die Parteiführung nominiert und stellen auf unionsstaatlicher Ebene (mitunter auch auf zentraler Ebene) praktisch eine Versammlung der einflussreichen Kräfte, also der wichtigsten Faktionsführer dar. Kandidaten werden zunächst auf Wahlkreisebene bestimmt in Versammlungen, in welche die zentrale Parteiführung Beobachter entsendet, die keiner lokalen Faktion oder Strömung verpflichtet sind. Über die einzelnen Kandidaten, ihre Verdienste, lokale Verankerung und ihre Fähigkeit, finanzielle Mittel zu mobilisieren, werden Dossiers angelegt, die zusammen mit den Berichten der Beobachter die Entscheidungsgrundlage für die Wahlkommissionen bilden. Wenn sich innerhalb des Wahlkreises keine geeigneten Kandidaten finden, kommen auch externe in Frage, die durch die Parteiführung allein bestimmt werden. Tatsächlich besteht das Problem aber meist darin, aus der Vielzahl der Ambitionierten auszuwählen, Mitglieder der Führung oder Seiteneinsteiger abzusichern. Die Zahl der Prätendenten auf Wahlkreisebene ist enorm hoch (für die Wahlkreise bei den Wahlen zum Unterhaus im Jahre 2004 bewarben sich beim Kongress in Gujarat bis zu 30 Kandidaten).<sup>22</sup> Der Konkurrenzkampf um die Nominierung ist entsprechend hart; vielfach wenden sich unterlegene Bewerber (und ihr Anhang) anderen Parteien zu oder kandidieren als Unabhängige. Die Intensität dieses Wettbewerbs ist auch dafür verant-

---

<sup>21</sup> Interview mit A. Surya Prakash, Associate Editor des „Pioneer“ in New Delhi (März 2004).

<sup>22</sup> Vertrauliche Unterlage der Kongresspartei „Lok Sabha Election 2004 Gujarat“.

wortlich, dass die Wahlkommissionen so kurz vor den Wahlen tagen (meist nur vier bis acht Wochen vorher).<sup>23</sup>

### **Die Finanzierungsbasis der indischen Parteien**

Der Umfang der indischen Parteiapparate ist bescheiden (s. o.), seine Kosten sind also nicht sonderlich hoch. Anders sieht es bei den Wahlkampfkosten aus. Dies schon wegen der Personalintensität (aufgrund nur mäßiger Einschaltung professioneller Agenturen und schwächerer Reichweite der Medien) der Wahlkämpfe in riesigen Wahlkreisen mit bis zu 3 Mio. Wählern. Die Kosten übersteigen die auf legalem Wege mobilisierbaren Mittel bei weitem. So verzeichneten die ausgewiesenen Wahlkampfausgaben der Parteien (Unterhauswahlen) einen astronomischen Anstieg von 59 Mio. Rs. (1957) auf 13 Mrd. Rs. im Jahr 2004.<sup>24</sup> Dazu kommen noch die individuellen Ausgaben der Kandidaten, zu denen die Parteien nur Zuschüsse zwischen 5-20 % der Ausgaben leisten, mehr, wenn die Kandidaten hohe Popularität in ihrem Wahlkreis genießen bzw. in reservierten Wahlkreisen aufgestellt werden, weniger, wenn dies nicht der Fall und/oder er/sie selbst erhebliches Vermögen haben.

Die Kosten der individuellen Kampagne überschreiten die der Wahlkommission gesetzten Grenzen (1,5 Mio. Rs. bei einer Kandidatur für das Unterhaus, 0,6 Mio. Rs. bei einer Kandidatur für die Legislative Versammlung) bei weitem (Angaben in Election Commission of India 1999). Informierte Beobachter des politischen Geschehens bezifferten diese in Befragungen auf 20-30 Mio. Rs. oder gar 80-100 Mio. Rs. (Unterhaus),<sup>25</sup> wissenschaftliche Beiträge etwas niedriger (Godbole 2003). Klar ist damit, dass problemlos nur solche Kandidaten antreten können, die über eigene finanzielle Mittel oder leichten Zugang zu denen ihrer Klienten, Anhänger oder von Sponsoren verfügen. Das durchschnittliche Vermögen der indischen Volksvertreter ist in der Tat meist beachtlich; sie sind nach ihrer eigenen Einkommensdeklaration Millionäre oder Multimillionäre. Bei Befragungen räumten Parteivertreter auch ein, dass die finanzielle Potenz des Kandidaten ein wichtiges Auswahlkriterium darstelle. Der ehemalige Vorsitzende der Wahlkommission meinte sogar, ohne eigenes Vermögen und/oder das Füttern der Parteikasse werde man gar nicht erst aufgestellt.<sup>26</sup> Ganz so schlimm kann es nicht sein, weil die Parteien ja auch Kandidaten der Unterkastigen und der Stammesangehörigen (in für diese reservierten Wahlkreisen) nominieren müssen.

---

<sup>23</sup> Interview mit Mitgliedern der Wahlkommissionen vom März 2003 bis März 2005.

<sup>24</sup> Vgl. Business India, March 14-27, 2005.

<sup>25</sup> Interview mit Yogendra Yadav, einem Polizeipräsidenten in Rajasthan und Praksah Karat, Mitglied des Politbüros der CPM im März/April 2004.

<sup>26</sup> Interview mit M. S. Gill im März 2003.

Mobilisiert werden die Mittel für die individuelle und parteiliche Wahlkampffinanzierung auf verschiedenen Wegen:

- a) über die den Wahlkampagnen vorausgehenden Versuche zur Mobilisierung neuer Mitglieder;<sup>27</sup>
- b) durch (moralische) Verpflichtung der aktiven Parteimitglieder, über ihre Mitgliedsgebühren hinaus zur Wahlkampffinanzierung beizutragen. Es wird bei BJP und Kongress erwartet, dass alle, die der Partei ein Amt verdanken, 1 % ihres Einkommens der Partei abtreten. Die Abführung wird aber nicht strikt kontrolliert. Prohibitiv und nicht dem Belieben überlassen sind die Gebühren bei der CPI-M; sie belaufen sich auf bis zu 60 % *aller* Einkommen, bei einem Normalverdienst allerdings nur auf 6 % (vgl. CPI-M o. J.);
- c) durch die Erhebung von Bewerbungsgebühren, die den potentiellen Kandidaten abverlangt werden. Sie betragen bei der Kongresspartei für ein Landtagsmandat mittlerweile 5.000 Rs. Ähnliche Beträge sind bei der BJP und der BSP abzuführen. Dazu kommen noch indirekte Kosten wie etwa Schmiergelder für die Anhörung durch Mitglieder der zentralen Wahlkommissionen.<sup>28</sup>
- d) durch Spenden von Einzelnen und Unternehmen. Privatunternehmen dürfen seit 1985 ordnungsgemäß verbuchte Spenden bis zur Höhe von 5 % ihrer Nettogewinne leisten (Jain 2001). Diese sind mittlerweile auch steuerlich abzugsfähig, Spender über einem gewissen Limit müssen genannt werden. Abgeordnete erklärten bei Befragungen jedoch, sie bekämen das meiste Geld nach wie vor in bar zugesteckt, dass sie dann nach Gusto verwenden könnten.<sup>29</sup> Die meisten Unternehmen wollen nämlich trotz Steuerabzugsfähigkeit gar nicht als Spender identifiziert werden, weil sie einen nicht unbeträchtlichen Teil ihrer Einkünfte schwarz erwirtschaften (und daher keine Fährten legen wollen) und weil sie die Rache derjenigen fürchten, die sie nicht bedacht haben.<sup>30</sup> Spenden werden überdies auch in Form sogenannter „Coupons“ geleistet. Dabei ist der Übergang zur Schutzgelderpressung fließend: Parteiaktivisten grasen in ihrem Wahlkreis die örtlichen Kleinunternehmer und Händler ab und stellen ihnen Zahlungsbescheinigungen aus, welche Klienten vor erneuten Druckversuchen schützen sollen.<sup>31</sup> Schließlich werden Einzelne auch regelrecht zur Zahlung erpresst. Vor allem die hinduradikale Shiv Sena soll Besitzern von Automobilen und

---

<sup>27</sup> Vgl. The Hindu, 16.06.2003.

<sup>28</sup> Vgl. India Today, 21.01.2002.

<sup>29</sup> Interview mit Abgeordneten in Rajasthan im März/April 2004.

<sup>30</sup> Interview in Delhi im April 2004.

<sup>31</sup> Interview mit Dr. Thomas Isaac (CPM) in Kerala im April 2003.

ähnlichen Gütern, die Wohlstand signalisieren, Spenden abpressen, im Weigerungsfalle auch schon einmal die Autos zerkratzen lassen (Eckert 2003: 29).

Die hohen persönlichen Ausgaben können erfolgreiche Kandidaten ganz oder teilweise kompensieren (1) durch Mittelabzweigung aus einem Entwicklungsfonds (Members of Parliament Local Area Development Scheme; MPLADS), über dessen Mittelallokation der Abgeordnete allein entscheidet (Sezhiyan 2005). Er ermöglicht den Zugriff auf Mittel in Höhe von 100 Mio. Rs. während einer Legislaturperiode, von denen Beobachtern zufolge zwischen 20 % und 80 % abgezweigt werden können;<sup>32</sup> (2) und durch vergütete Einflussnahme auf Stellenbesetzungen, die notorischen Transfers im öffentlichen Dienst, die Plünderung von zugewiesenen Ämtern, die Erwirkung von Genehmigungen etc.<sup>33</sup>

### **Faktionalismus, Klientelismus und Personalismus in indischen Parteien**

Der Mangel an innerparteilicher Demokratie und die zum Teil etwas unorthodoxen Methoden der Partei- und Kandidatenfinanzierung sind mit dafür verantwortlich, dass indische Parteien in starkem Maße von Faktionalismus, Klientelismus/Patronage und dynastischen Elementen geprägt sind. Zunächst zum Faktionalismus:

Innerparteiliche Faktionen gibt es in indischen Parteien schon lange, waren sie doch wegen der lange andauernden politischen Dominanz der Kongresspartei, die ein breites Sammelbecken unterschiedlichster ideologischer Strömungen, regionaler und sozioökonomischer Allianzen darstellte, eine logische Konsequenz. Faktionen, also klientele Verbindungen zwischen lokalen Bossen und ihrem jeweiligen innerparteilichen Anhang, dienen und dienen im Wesentlichen der Versorgung ihrer Mitglieder mit materiell attraktiven oder einflussmächtigen Positionen in Partei und Staatsapparat, v. a. der Verschaffung von Nominierungen für die Wahlämter auf allen Ebenen. Diese Faktionen haben oft eine hohe Dauerhaftigkeit, sind mitunter nicht schlechter als die Partei selbst institutionalisiert, allerdings nicht übermäßig stabil, weil konkurrierende Faktionen beständig Mitglieder abzuwerben bestrebt sind. Über die gesamtgesellschaftlichen Auswirkungen des Faktionalismus soll hier nicht berichtet werden (vgl. Betz i. E.), wohl aber über seine Ursachen und Folgen.

Zu Beginn der Republik soll die Bildung von Faktionen in der Kongresspartei noch in stärkerem Maße ideologisch bestimmt gewesen sein, später nur noch durch persönliche Rivalität um Posten und Einfluss (Roy 1967; anderer Meinung Carras 1972). Nicht richtig erklärt wird der Wandel; Brass (1994: 99) verweist dazu auf die schwache Parteiloyalität. Erstaunlich ist, dass Faktionen auch nach der Ausdifferenzierung des indischen Parteiensystems (1967 ff.) und starken Zentralisierungsbestrebungen der Kongressführung (unter Indira

<sup>32</sup> Interview mit Prakash Karat, Mitglied des Politbüros der CPM im März 2003.

<sup>33</sup> Interview mit einem ehemaligen Staatssekretär des Innenministeriums im April 2003.



Gandhi) proliferierten, dass vom faktionalen Bazillus auch Parteien infiziert wurden, die sich als diszipliniertes Gegenmodell zur Kongresspartei verstanden und auf einigermaßen konsistenter ideologischer Grundlage ruhten. Auch eine Verfassungsänderung (1985), welche den Parteiübertritt erschwerte und Mandatsverlust brachte, wenn nicht mindestens ein Drittel der Fraktion sich absplattete, brachte keine Abhilfe. Hauptursachen des Faktionalismus (auch des Klientelismus) ist die Tatsache, dass politische Karrieren einen der wenigen attraktiven Aufstiegskanäle für Personen darstellen, die nur begrenzt von den Segnungen des Ausbildungssystems profitiert oder im privaten Wirtschaftssektor Unterschlupf gefunden haben. Ferner kontrollieren Regierungen trotz marktorientierter Wende (seit 1991) immer noch die Besetzung einer Vielzahl von Positionen, die hohes Renteneinkommen garantieren. Die staatliche Regulierungsdichte ist immer noch beachtlich, woraus sich ebenfalls vielfältige Möglichkeiten der Amtsträger und ihres Anhangs zur Selbstbereicherung ergeben. Mithilfe der Renteneinkommen ist es Amtsträgern wiederum möglich, ihren Anhang zu versorgen. Die harte Konkurrenz um Nominierungen für Wahlkreise (anschließend um ministerielle Portfolios) ist also nicht schwer zu erklären. In diesem Konkurrenzkampf können die meisten Aspiranten, auf sich allein gestellt, wenig erreichen. Dazu kommt die Zusammensetzung der Wahlkommissionen, die praktisch eine Versammlung der hauptsächlichen Faktionsführer darstellen.

Neben den gerade genannten Faktoren hat die Persistenz bzw. Verschärfung faktionaler Tendenzen in indischen Parteien auch damit zu tun, dass diese leicht an gesellschaftliche Konfliktlinien (insbesondere divergierende Kasteninteressen) anknüpfen können. In den letzten Dekaden sind neue gesellschaftliche Gruppen (vor allem die Eliten der Niedrigkastigen) von den Parteien als Mitglieder mobilisiert und in die Führung integriert worden. Dies ist in unterschiedlichem Maße gelungen, weil damit natürlich ein harter Verdrängungswettbewerb verbunden ist. Mäßig erfolgreichen Aspiranten steht ohne weiteres der (kollektive) Parteiwechsel oder eine Parteineugründung offen. Dabei können die einbringbaren „vote banks“ der Kastenmitglieder sozusagen als Verhandlungsmasse dienen.

Über die Bewertung und Folgen des Faktionalismus soll im Schlussteil reflektiert werden. Vehement ist er heute immer noch in der Kongresspartei, seit der erstmaligen Regierungsübernahme durch die BJP im Zentrum (1998) und in etlichen Unionsstaaten, grassiert er aber auch in dieser Partei. Die Kommunisten untersagen statutengemäß faktionale Aktivitäten, müssen aber in jedem Rechenschaftsbericht erneut die Partei zu entsprechender Disziplin mahnen.<sup>34</sup>

---

<sup>34</sup> In einem Interview erklärte der neue Generalsekretär der CPI-M, Prakash Karat den Kampf gegen den Faktionalismus und die Erosion kommunistischer Normen als wichtigsten Teil der parteilichen Regeneration, vgl. Frontline, 23.04.-06.05.2005.

Nach dem Gesagten erübrigen sich fast Aussagen zu Klientelismus und Patronage. Indische Parteien binden ihre Wähler und Mitglieder in starkem Maße auf diesem Wege ein, umgekehrt artikulieren Kastengruppen oder solche auf regionaler/ethnischer Basis Ansprüche an das politische System und die Parteien genau in diesem Sinne. Dabei geht es neben den genannten Reservierungsquoten für neue Gruppen auch etwa um kollektive Schuldenstreichungen, den Fortbestand von Subventionen, verbilligte Nahrungsmittel, Schulspeisungs- und öffentliche Beschäftigungsprogramme, mitunter auch nur (und billiger) um symbolische Gratifikationen wie die Umbenennung von öffentlichen Einrichtungen nach lokalen Helden, die Aufstellung von Statuen (etwa des Führers der Unberührbaren) und Ähnliches (Subramanian 1999). Die Kosten dieser meist gruppenbezogenen Wohltaten sind beachtlich und belaufen sich (für die Subventionen allein) auf ca. 25 % der indischen Haushaltsausgaben (vgl. World Bank 2003). Es ist deswegen nicht ganz übertrieben, wenn Indien mitunter als „Patronagedemokratie“ charakterisiert wird (Chandra 2004: 115).

Zuletzt soll noch kurz auf die dynastischen Elemente in indischen Parteien eingegangen werden. Kurz deswegen, weil das Thema zur Genüge und meist mit entrüstetem Unterton (am ausführlichsten Malhotra 2003) abgehandelt worden ist. Dabei haben sich einschlägige Autoren meist auf die nahezu ungebrochene Herrschaft der Nehru-Gandhi-Familie in der Kongresspartei eingeschossen. Das macht deswegen wenig Sinn, weil es (a) auch eine Vielzahl anderer politischer Familien in Indien gibt und (b) diese sich auch in anderen Parteien betätigen. Die Empirie dazu müsste erst noch aufgearbeitet werden, nach Durchsicht der von der Presse zur Verfügung gestellten Informationen und aus eigener Anschauung sind dem Verfasser aber kaum Abgeordnete bekannt geworden, deren Eltern, Geschwister und/oder andere Verwandte nicht auch ein politisches Mandat innehaben oder innehatten. Zur Erklärung dieses Phänomens muss man nicht notwendigerweise kulturalistisch argumentieren. Wohlhabende, gesellschaftlich gut vernetzte Familien mit klientelem Anhang stellen wichtiges soziales Kapital für erfolgreiche Parteikarrieren zur Verfügung, sie sind auch in der Lage, ihre Nachkommen entsprechend anzulernen, weil ein beträchtlicher Teil der Parteiarbeit schlicht im eigenen Heim oder am Rande von privaten Treffen stattfindet. Derart sozialisierte Familienmitglieder verfügen über einen unschätzbaren Startvorteil gegenüber weniger begünstigten Konkurrenten.

Als Zwischenfazit ist festzuhalten, dass die einzelnen indischen Parteien, von denen hier nur die stärksten präsentiert wurden, durch mäßige und hinsichtlich der einzelnen Indikatoren ungleiche Institutionalisierung gekennzeichnet sind. Organisatorische Komplexität ist gegeben, wengleich die angegebenen, hohen Mitgliederzahlen um jene verkürzt werden müssen, deren Beiträge von ambitionierten Aktivisten übernommen werden. Organisatorische Komplexität reduziert sich weitgehend auf die Parteizentralen, der übrige organisatori-

sche Unterbau ist zentriert auf die Amtsträger und ihre Gefolgschaft. Die innerparteiliche Demokratie stellt sich schon in den Statuten reformbedürftig dar, in der Organisationspraxis sind hierarchisch orientierte, informelle Verfahren an der Tagesordnung. Die Parteidisziplin leidet an endemischem Faktionalismus und bislang mäßigen Barrieren gegen Parteispaltungen und -übertritten. Klientelismus, Personalismus und identitätsbezogene Appelle sind die Mittel der Wahl bei der Anbindung der Gefolgschaft und der Wähler. Schließlich verfügen indische Parteien auch nicht über ausreichende finanzielle Mittel zur Bestreitung der stets teurer werdenden Wahlkämpfe und befinden sich daher in massiver Abhängigkeit von Spendern, die sich nach der Wahl nicht scheuen, Kompensation zu fordern.

#### **4. Schlussfolgerungen: Indische Parteien können sich nicht von der Gesellschaft abkoppeln**

Die Betrachtung der indischen Parteien zeigt, dass die optimistische, modernisierungstheoretisch inspirierte Vorstellung, nicht-westliche Parteien und Parteiensysteme würden sich im gesellschaftlichen Modernisierungsprozess den westlichen Vorbildern mehr und mehr angleichen und klientele oder identitätsbezogene Strategien der gesellschaftlichen Anbindung durch Parteien würden sukzessive durch nicht partikulare und programmatische ersetzt (so noch Merkel 1997b: 347) in Bezug auf Indien zumindest voreilig ist. Diese Schlussfolgerung legen auch Parteistudien zu anderen Ländern und Regionen der Dritten Welt und zu Osteuropa nahe (vgl. Länder- und Regionalbeiträge in Merkel/Sandschneider 1997; Sachsenröder/Frings 1998; Hanke 1999; Kitschelt 1999; Mainwaring 1999). Die Prävalenz dieser Strategien, der stark ausgeprägte Faktionalismus, mangelnde innerparteiliche Demokratie sowie eine instabile und nur sehr begrenzt autonome Finanzierungsbasis der einzelnen indischen Parteien führen zum zwangsläufigen Schluss, dass diese nur als mäßig institutionalisiert gelten können, obwohl sie über eine beachtliche organisatorische Tiefe und Breite, also hohe Eigenkomplexität, verfügen, dauerhaft sind und vermutlich auch die (zumindest instrumentelle) Wertschätzung ihrer Mitglieder und Sympathisanten genießen.

Diese Feststellung in Bezug auf die Einzelparteien bedeutet aber nicht, dass das indische Parteiensystem als Ganzes nicht institutionalisiert wäre oder die demokratische Konsolidierung behindern würde. Bei allen abgefragten Indikatoren erwies sich das Parteiensystem als Ganzes vergleichsweise stabil, wenig polarisiert, koalitionsfähig und durchaus in der Lage gesellschaftliche Konfliktlinien aufzugreifen oder gar wesentlich zu beeinflussen. Dem entspricht die ausgeprägte „partyness of government“ (Sjöblom 1987), also die Tatsache, dass

die Rekrutierung der Amtsträger und die Bestimmung des Regierungshandelns nahezu ausschließlich durch Parteien bestimmt wird.

Bei der Erkundung der Ursachen mangelnder demokratischer Konsolidierung bzw. der Persistenz demokratisch defekter Regime und der geringen Institutionalisierung von Parteien im Besonderen ist die vorhandene Literatur nicht sonderlich hilfreich. Als ungünstige Hintergrundbedingungen werden etwa ein niedriger Entwicklungsstand, fehlende staatliche Identität, geringes soziales Kapital und schwache Zivilgesellschaft, ein ungünstiger Transitionsmodus, die politische Dominanz von Großgrundbesitzern (bei Schwäche von Mittel- und Arbeiterschichten) und die Kolonisierung formaler, demokratischer Institutionen durch informelle Verfahren genannt (vgl. Merkel et al. 2003: Kap. V). Da die Transition in Indien schon Geschichte ist, keine wesentliche gesellschaftliche Gruppe die Zugehörigkeit zur Nation in Frage stellt, Großgrundbesitzer im anderswo üblichen Maßstab nicht existieren, der geringe Entwicklungsstand sich deutlich gehoben und überdies die Demokratisierung nicht grundsätzlich behindert hat, bleiben als Ursache für Defizite der demokratischen Konsolidierung nur die vergleichsweise flache Zivilgesellschaft und das geringe primäre Gruppen überspannende Sozialkapital, welches das Vertrauen in die formalen Institutionen schwächt und ein Ausweichen der Bürger in informale Regelsysteme begünstigt. Die spezifischen Ursachen der schwachen Institutionalisierung von Parteien in alten und neuen Demokratien der sogenannten Dritten Welt sind noch seltener dingfest gemacht worden (siehe jedoch Köllner 2003). Dabei werden, wenn Volatilität der Wähler, Mangel an ideologisch orientierter Wahlentscheidung und Personalismus in Parteien benannt werden (vgl. Mainwaring/Torcal 2005), mitunter Konsequenzen und Ursachen vermischt.

Auf die Gefahr unzulässiger Verkürzung lassen sich folgende Gründe für die anhaltend oder gar zunehmend schwächere Institutionalisierung indischer Parteien festhalten:

- a) die schon erwähnte Patronagemacht des indischen Staatsapparates, die unter der Liberalisierung seit 1991 nur begrenzt gelitten hat und vielfach durch neue Quellen (etwa die Privatisierung von Staatsbetrieben, des Bildungs- und Gesundheitswesens) ergänzt wurde. Parteigebundene Amtsinhaber sind daher in großem Maße noch „gatekeeper“ von Aufstiegs- und Einkommenschancen;
- b) der damit verbundene intensive Wettbewerb um Nominierungen auf allen Ebenen des politischen Systems;
- c) verbunden mit der Tatsache, dass der Erwerb politischer Ämter Einzelnen und (vor allem kastenbezogenen) Gruppen zur Wiedergutmachung erlittener gesellschaftlicher Diskriminierung verhelfen können;
- d) die begrenzte Fähigkeit der etablierten Parteien, Aspiranten dieser Gruppen ausreichend in ihre Führung integrieren oder mit „tickets“ versehen zu können, was diese

zu Parteiwechsellern oder Neugründungen veranlasste. Hierunter mussten v.a. jene Parteien (wie der Kongress) leiden, die „ethnische Koalitionen“ darstellten (zum Begriff Gunther/Diamond 2001) zugunsten jener, die nun an spezifische kommunale Gruppen appellieren konnten;

- e) die inflationäre Steigerung der Wahlkampfkosten und
- f) der fehlende „Scheckbuchcharakter“ der indischen Wirtschaft, d.h. der große Umfang eines durchaus prosperierenden grauen und schwarzen Marktes, der informell erwirtschaftetem Kapital politische Einflusschancen verschaffte.

Es stellt sich zum Schluss die Frage, ob die mangelnde Institutionalisierung der einzelnen Parteien in Indien und ihre fragwürdigen Begleiterscheinungen tatsächlich so konsolidierungsabträglich in Bezug auf das demokratische Gemeinwesen sind, ob also die genannten Institutionisierungskriterien in Bezug auf Indien (und andere, wirtschaftlich weniger entwickelte Demokratien) Sinn ergeben. Klientele und faktionale Praktiken haben nämlich zweifelsohne auch die Fähigkeit des politischen Systems zur Integration neuer sozialer Schichten gestärkt, diesen politische Ausdrucksmöglichkeiten verschafft und die Integration ihrer Eliten in die Parteiführungen unterstützt. Besonders niedere Kasten wurden dadurch politisch erst ermächtigt, was doch wohl als vertiefte Demokratisierung bezeichnet werden muss, von Yadav (1996) auch als zweite eigentliche Demokratisierung Indiens bezeichnet wurde. Der Preis dafür und für den damit steigenden innerparteilichen Konkurrenzkampf ist nicht gering: Instabilität der Parteien, mangelnde innerparteiliche Demokratie, programmatische Schwammigkeit, „Proletarisierung“ und auch Kriminalisierung der Politik, Beutejägerei. Ist aber die Rückkehr zur Gentleman-Politik anglisierter Parteieliten der ersten Stunde und ihrer zweifelsohne zivileren Standards die Alternative?

Auch innerparteilich hatten die festgestellten Institutionisierungsdefekte durchaus positive Auswirkungen. So förderte der Faktionalismus in Parteien die politische Mobilisierung, weil konkurrierende Faktionsführer gezwungen waren, neue (nicht nur fiktive) Mitglieder zu werben. Faktionen sorgten auch für innerparteiliche Flexibilität und Konkurrenz, sie ermöglichten, politisch aufstrebende Gruppen in die Partei zu integrieren und damit auch das Wachstum von Konkurrenzparteien zu begrenzen (Kothari 1967). Schließlich schirmte die relative Autonomie der Faktionen die nationalen und unionsstaatlichen Parteiführungen auch vor persönlichen Konflikten ab und kanalisierte innerparteiliche Konflikte. Gleichzeitig förderte er natürlich die Desintegration der Partei, behinderte ihre programmatische Profilierung und förderte Abspaltungen (Thakur 1995: 231 f.).

Klientelismus/Patronage in Parteien führen zu ähnlichen negativen Folgen, schwächen darüber hinaus eine gemeinwohlorientierte Regierungsfähigkeit. Freilich würde es lange dauern, bis diese Gemeinwohlorientierung der Politik angesichts mäßigen haushaltspolitischen

Spielraums auf den armen Normalbürger durchschlagen würde, der ohne klientele Anbindung in Indien im Übrigen der Willkür des Sicherheitsapparates, der Verwaltung und jener Personen ausgesetzt wäre, von denen er materiell abhängig ist. Schließlich muss man bei aller berechtigten Klage über den Mangel an innerparteilicher Demokratie in Indien auch die Bedingungen vor Ort bedenken: zum Beispiel ist es gar nicht so leicht, die Bestellung der Wahlkreiskandidaten der Basis zu überlassen, wenn die Kandidaten gleichzeitig über hohes soziales und materielles Kapital verfügen und zur richtigen Kaste gehören müssen, während gleichzeitig das Mehrheitswahlrecht in Einerwahlkreisen Wahlallianzen erzwingt (und damit Absprachen über einen gemeinsamen Kandidaten auf der Führungsebene mehrerer Parteien) und sich schließlich auch die Mehrheitsverhältnisse an der Basis (auch wegen Scheinmitgliedschaften) gar nicht so einfach feststellen lassen. Selbst in Bezug auf westliche Demokratien wurde nicht zu unrecht ausgeführt, dass die Demokratisierung der Kandidatenauswahl abträgliche Folgen für die Interessenaggregation durch Parteien, ihre ideologische Kohäsion und Stabilität haben könnte (Rahat/Hazan 2001).

Parteien in Indien (und anderswo) müssen zwangsläufig – sicher auch sinnvollerweise – die gesellschaftliche Realität des Landes spiegeln (so schon Kothari 1967). Sie können sich von dieser nur bei Strafe ihres Untergangs abkoppeln. Sie spiegeln daher die klientele, neo-patrimoniale Logik dieser Gesellschaft, die sich auf einen immer noch umfassenden, viele Lebensbereiche regulierenden Staatsapparat und die Bedeutung persönlicher, wenn auch nicht mehr in erster Linie traditionell begründeter Abhängigkeitsverhältnisse gründet.

**Literatur:**

- All India Congress Committee (AICC) (1999): Constitution of the Indian National Congress and Rules. New Delhi.
- All India Congress Committee (AICC) (2001): 81<sup>st</sup> Plenary Session of All India Congress Committee. Bangalore.
- Bayly, Susan (1999): Caste, Society and Politics in India from the Eighteenth Century to the Modern Age. Cambridge.
- Betz, Joachim (2004): Die gesellschaftliche Anbindung der indischen Parteien, in: ders./Erdmann, Gero/Köllner, Patrick (Hrsg.), Die gesellschaftliche Verankerung politischer Parteien. Formale und informelle Dimensionen im internationalen Vergleich, Wiesbaden, S. 215-232.
- Betz, Joachim (i. E.): Fiktionalismus in indischen Parteien, in: Basedau, Matthias/Köllner, Patrick (Hrsg.), Fiktionalismus in politischen Parteien, Frankfurt.
- v. Beyme, Klaus (1997): Parteien im Prozess der demokratischen Konsolidierung, in: Merkel, Wolfgang/Sandschneider, Eberhard (Hrsg.), Systemwechsel 3. Parteien im Transformationsprozess, Opladen, S. 23-56.
- Bharatiya Janata Party (BJP) (1999): Constitution and Rules. New Delhi.
- Bhatt, Chetan; 2004: Democracy and Hindu Nationalis, in: Democratization, 11,4; 133-154.
- Brass, Paul (1994): The Politics of India since Independence. Cambridge
- Carothers, Thomas (2002): The End of the Transition Paradigm, in: Journal of Democracy, 13, 1, S. 5-21.
- Carras, Mary C. (1972): The Dynamics of Indian Political Factions. A Study of District Councils in the State of Maharashtra. Cambridge.
- Chandra, Kanchan (2004): Why Ethnic Parties Succeed. Patronage and Ethnic Head Counts in India. Cambridge.
- Chhibber, Pardeep K. (1999): Democracy without Associations. Transformation of the Party System and Social Cleavages in India. Ann Arbor.
- Chopra, Pran (2003): How Many Parties are too Many?, in: Ajay K. Mehra/Khanna, D. D./Kueck, Gert W. (Hrsg.), Political Parties and Party Systems, New Delhi u. a., S. 162-180.
- Communist Party of India(Marxist) (o. J.): Constitution and the Rules. New Delhi <2000>.
- Croissant, Aurel (1997): Genese, Funktion und Gestalt von Parteisystemen in jungen asiatischen Demokratien, in: Merkel, Wolfgang/Sandschneider, Eberhard (Hrsg.), Systemwechsel 3. Parteien im Transformationsprozeß, S. 293-336.

- Croissant, Aurel (2002): *Von der Transition zur defekten Demokratie. Demokratische Entwicklung in den Philippinen, Südkorea und Thailand.* Wiesbaden.
- Gunther, Richard/Diamond, Larry (2001): *Types and Functions of Parties*, in: dies. (Hrsg.), *Political Parties and Democracy*, Baltimore und London, S. 3-39.
- Eckert, Julia M. (2003): *The Charisma of Direct Action. Power Politics, and the Shiv Sena.* New Delhi.
- Election Commission of India (1999): *The Electoral System of India.* New Delhi.
- Election Commission of India (2000): *Proposals on Electoral Reforms sent by Election Commission of India to the Government of India from July, 1998 to June, 2000.* New Delhi.
- Election Commission of India (2004): *Proposals for Electoral Reform.* New Delhi.
- Freedom House (2005): *Political Freedom in the World 2005. Civic Power and Electoral Politics.* New York.
- Ghosh, Partha S. (2003): *The Congress and the BJP: Struggle for the Heartland*, in: Mehra, Ajay K./Khanna, D. D./Kueck, Gert W. (Hrsg.), *Political Parties and Party Systems*, New Delhi u. a., S. 224-243.
- Godbole, Madhav (2003): *The Electoral Framework, Process and Political Parties*, in: Mehra, Ajay K./Khanna, D. D./Kueck, Gert W. (Hrsg.), *Political Parties and Party Systems*, New Delhi, S. 181-208.
- Gunther, Richard/Diamond, Larry (2001): *Types and Functions of Parties*, in: Diamond, Larry/Gunther, Richard, *Political Parties and Democracy*, Baltimore, S. 3-39.
- Hanke, Stefanie (1999): *Klientelismus als System: Die Reproduktion klientelistischer Netzwerke im Demokratisierungsprozeß in Mali*, in: Lauth/Liebert (Hrsg.), a. a. 0., S. 277-293.
- Huntington, Samuel P. (1968): *Political Order in Changing Societies.* New Haven.
- Jaffrelot, Christophe (2000): *Hindu Nationalism and Democracy*, in: Frankel, Francine et al. (Hrsg.), *Transforming India. Social and Political Dynamics of Democracy*, New Delhi, S. 353-378.
- Jaffrelot, Christophe (Hrsg.) (2005): *The Sangh Parivar. A Reader.* New Delhi.
- Jain, Randir B. (2001): *Electoral Financing in India*, in: Nassmacher, Karl-Heinz (Hrsg.), *Foundations for Democracy. Approaches to Comparative Political Finance*, Baden-Baden, S. 350-368.
- Janda, Kenneth (1980): *Political Parties. A Cross-National Survey.* New York und London.
- Jenkins, Rob (1999): *Democratic Politics and Economic Reform in India.* Cambridge.



- Kaviraj, Sudipta (1999): Introduction, in: ders. (Hrsg.), *Politics in India*, Calcutta u. a., S. 1-36.
- Kischelt, Hebert et al. (Hrsg.) (1999): *Post-Communist Party Systems. Competition, Representation and Inter-Party Cooperation*. Cambridge.
- Kohli, Atul (1990): *Democracy and Discontent. India's Growing Crisis of Governability*. Cambridge u. a.
- Köllner, Patrick (2003): Die Institutionalisierung politischer Parteien in Südkorea: Konzeptionelle Anmerkungen und empirische Befunde, in: *Verfassung und Recht in Übersee*, 36, 3, S. 352-376
- Kohli, Atul (Hrsg.) (2001): *The Success of India's Democracy*. Cambridge.
- Kothari, Rajni (1967): The Congress „System“, in: *India. Party System and Election Studies*, Centre for the Study of Developing Societies, Occasional Papers Nr. 1, Bombay u. a., S. 1-18.
- Krishna, Gopal (1967): One Party Dominance – Development and Trends, in: *India. Party System and Election Studies*, Centre for the Study of Developing Societies, Occasional Papers Nr. 1, New Delhi.
- Lauth, Hans-Joachim/Liebert, Ulrike (Hrsg.) (1999): *Im Schatten demokratischer Legitimität. Informelle Institutionen und politische Partizipation im interkulturellen Demokratievergleich*. Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Levitsky, Stephen (1998): Institutionalism and Peronism, in: *Party Politics*, 4, S. 77-92.
- Mainwaring, Scott (1999): *Rethinking Party Systems in the Third Wave of Democratisation. The Case of Brazil*. Stanford.
- Mainwaring, Scott/Torcal, Mariano (2005): *Party System Institutionalization and Party System Theory after the Third Wave of Democratization*, Working Paper No. 319, Notre Dame, Ind.: Kellogg Institute of International Studies, University of Notre Dame.
- Malhotra, Inder (2003): *Dynasties of India and Beyond*. New Delhi.
- Malhotra, Joginder (1990): *Indien. Wirtschaft, Verfassung, Politik*. Wiesbaden.
- Mallick, Ross (1994): *Indian Communism. Opposition, Collaboration and Institutionalization*. New Delhi u. a.
- Merkel, Wolfgang (1997a): Einleitung, in: ders./Sandschneider, Eberhard (Hrsg.), *Systemwechsel 3. Parteien im Transformationsprozess*, Opladen, S. 9-21.
- Merkel, Wolfgang (1997b): Parteien und Parteiensysteme im Transformationsprozess: ein interregionaler Vergleich, in: ders./Sandschneider, Eberhard (Hrsg.), *Systemwechsel 3. Parteien im Transformationsprozess*, Opladen, S. 337-371.
- Merkel, Wolfgang (1999): *Systemtransformation*. Opladen.

- Merkel, Wolfgang et al. (2003): Defekte Demokratie. Band 1: Theorie. Opladen.
- Nikolenyi, Csaba (1998): The New Indian Party System. What Kind of a Model?, in: Party Politics, 4, 3, S. 367-380.
- O'Donnell; Guillermo (1997): Illusions About Consolidation, in: Larry Diamond et al. (Hrsg.), Consolidating Third Wave Democracies. Themes and Perspectives, Baltimore/London, S. 40-58.
- Pridham, Geoffrey (1995): The International Context of Democratic Consolidation: Southern Europe in Comparative Perspective, in: Richard Gunther et al. (Hrsg.), The Politics of Democratic Consolidation. Southern Europe in Comparative Perspective, Baltimore, S. 166-203.
- Rahat, Gideon/Hazan, Reuven Y. (2001): Candidate Selection Methods. An Analytical Framework, in: Party Politics, 7, 3, S. 297-322.
- Randall, Vicky/Svasand, Lars (2002): Party Institutionalisation in New Democracies, in: Party Politics, 8, 1, S. 5-29.
- Rösel, Jakob/Jürgenmeyer, Clemens (2001): Die Entstehung eines Parteiensystems in der Indischen Union, in: Eith, Ulrich/Mielke, Gerd (Hrsg.), Gesellschaftliche Konflikte und Parteiensysteme, Opladen, S. 295-321.
- Roy, Ramashray (1967): Congress Defeat in Farukkabad – A Failure of Party Organization, in: India. Party System and Election Studies, Centre for the Study of Developing Societies, S. 190-216.
- Sachsenröder, Wolfgang/Frings, Ulrike E. (Hrsg.) (1998): Political Party Systems and Democratic Development in East and Southeast Asia. Aldershot u. a.
- Segert, Dieter (1997): Parteien und Parteiensysteme in der Konsolidierung der Demokratien Osteuropas, in: Merkel, Wolfgang/Sandschneider, Eberhard (Hrsg.), Systemwechsel 3. Parteien im Transformationsprozess, Opladen, S. 57-99.
- Sezhiyan, Era (2005): MPLADS. Concept, Confusion, Contradictions. New Delhi: Institute of Social Sciences.
- Sjöblom, Gunnar (1987): The Role of Political Parties in Denmark and Sweden, 1970-1984, in: Katz, Richard S. (Hrsg.), Party Governments: European and American Experiences, Berlin und New York, S. 155-201.
- Sridharan, E./Varshney, Ashutosh (2001): Toward Moderate Pluralism: Political Parties in India, in: Diamond, Larry/Gunther, Richard (Hrsg.), Political Parties and Democracy, Baltimore und London, S. 206-237.
- Subramanian, Narendra (1999): Ethnicity and Populist Mobilization. Political Parties, Citizens and Democracy in South India. New Delhi.

- Swamy, Arun R. (1998): Parties, Political Identities and the Absence of Mass Violence in South India, in: Basu, Amrita/Kohli, Atul (Hrsg.), *Community Conflicts and the State in India*, New Delhi, S. 108-148.
- Thakur, Ramesh (1995): *The Government and Politics of India*. Basingstoke and London.
- Thakurta, Paranjoy Guha/Raghuraman, Shankar (2004): *A Time of Coalitions. Divided We Stand*. New Delhi.
- van Biezen, Ingrid (2000): On the Internal Balance of Party Power. *Party Organizations in New Democracies*, in: *Party Politics*, 6, 4, S. 395-417.
- Yadav, Yogendra (1996): Reconfiguration in Indian Politics. State assembly Elections 1993-95, in: *Economic and Political Weekly*, Jan. 13.
- Weiner, Myron (2001): The Struggle for Equality: Caste in Indian Politics, in: Kohli, Atul (Hrsg.), *The Success of India's Democracy*, Cambridge, S. 193-225 .
- World Bank (2003): *India: Sustaining Reform, Reducing Poverty*. Washington, D. C., July.

# WORKING PAPERS

## Global and Area Studies

Edited by the German Overseas Institute (DÜI) in Hamburg.

### Recent issues:

- No 9 Dirk Nabers: Culture and Collective Action – Japan, Germany and the United States after September 11, 2001; September 2005
- No 8 Patrick Köllner: The LDP at 50: The Rise, Power Resources, and Perspectives of Japan's Dominant Party; September 2005
- No 7 Wolfgang Hein and Lars Kohlmorgen: Global Health Governance: Conflicts on Global Social Rights; August 2005
- No 6 Patrick Köllner: Formale und informelle Politik aus institutioneller Perspektive: Ein Analyseansatz für die vergleichenden Area Studies [*Formal and Informal Politics from an Institutional Perspective: An Analytical Approach for Comparative Area Studies*]; August 2005
- No 5 Ruth Fuchs: ¿Hacia una comunidad regional de seguridad? Las Fuerzas Armadas en la percepción de las elites parlamentarias en Argentina, Chile, Brasil, Uruguay y Paraguay [*Moving towards a Regional Security Community? The Armed Forces in the Perception of Parliamentary Elites in Argentina, Chile, Brazil, Uruguay y Paraguay*]; July 2005
- No 4 Andreas Mehler: Major Flaws in Conflict Prevention Policies towards Africa. The Conceptual Deficits of International Actors' Approaches and How to Overcome Them; June 2005
- No 3 Susan Steiner: Decentralisation and Poverty Reduction: A Conceptual Framework for the Economic Impact; June 2005
- No 2 Bert Hoffmann: Emigration and Regime Stability: Explaining the Persistence of Cuban Socialism; June 2005
- No 1 Matthias Basedau: Context Matters – Rethinking the Resource Curse in Sub-Saharan Africa; May 2005

All Working Papers are available as pdf files free of charge at [www.duei.de/workingpapers](http://www.duei.de/workingpapers).  
For any requests please contact: [workingpapers@duei.de](mailto:workingpapers@duei.de).  
Editor of the Working Paper Series: Bert Hoffmann.